



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die politische und wirtschaftliche Lage Brasiliens zur Jahreswende

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die politische und wirtschaftliche Lage Brasiliens zur Jahreswende

Brasilien hat im letzten Jahre die Augen der Welt mehr als je auf sich gezogen. Die Neuwahlen zum Nationalkongreß, die panamerikanische Konferenz, der Präsidentenwechsel, die Kaffeewalorisation, die Gründung der Konversionskasse und eine Anzahl auswärtiger Anleihen — das alles waren Ereignisse, die Interesse beanspruchen durften und auch gefunden haben. Die Rubrik „Brasilien“ ist heute in den europäischen Zeitungen nahezu stehend geworden, denn manche der dort in Angriff genommenen Reformen und Projekte sind von einer Beschaffenheit, daß sie noch für geraume Zeit die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen dürften. Es haben sich gewaltige kapitalistische und wirtschaftliche Interessen Europas und Nordamerikas im Lande entwickelt. Allein in auswärtigen Anleihen sind dort zwei Milliarden Mark angelegt. Und ein internationaler Handelsverkehr von anderthalb Milliarden zeugt von der Lebhaftigkeit der vorhandenen Beziehungen.

Da ist es denn kein Wunder, daß die immer häufiger laut werdenden Befürchtungen, daß in Brasilien eine Wirtschafts- und Finanzkrise bevorstehe, eine gewisse Beunruhigung erzeugen. Aber man ist an solche Krisen in latino-amerikanischen Ländern ziemlich gewöhnt, und so lange die innerpolitische Lage gefestigt erscheint, werden in diesen mit natürlichen Reichtümern und Hilfsquellen gesegneten Ländern die Stockungen in der Entwicklung erfahrungsgemäß innerhalb einer gewissen Zeit meist überwunden. Fassen wir diese innerpolitische Lage zunächst ins Auge, so haben zwar im verflossenen Jahre zwei Revolutionen oder Revolutionsversuche von regional beschränkter Bedeutung stattgefunden, aber die Unruhen wurden so schnell beigelegt, daß weder das In- noch das Ausland sie für gefährlich ansah. Die erste fand im fernen Matto Grosso statt, wo die Aufständischen unter Führung des dortigen Vizepräsidenten die Oberhand gewannen und den gesetzlichen Präsidenten so schnell und energisch

bekämpften, daß die Bundestruppen, die diesem zu Hilfe eilten, nur noch einen toten Mann — den einzigen, der bei der Bewegung sein Leben eingebüßt hatte — vorfanden, worauf der Vizepräsident als gesetzlicher Nachfolger in aller Form die Regierung übernahm.

Diese Art der Regelung der Amtsnachfolge hat sicher ihre bedenkliche Seite, und diese kam auch in dem zu Rio de Janeiro tagenden Nationalkongreß wiederholt zur Sprache; immerhin aber ist durch allseitig kluges und maßvolles Vorgehen, wie man sich tröstet, dem Lande eine schwerere Erschütterung erspart worden. Das gegebne Beispiel, eine Revolution durch die Niederknallung eines Parteihauptes zu schnellem Abschluß zu bringen, konnte nicht verfehlen, in ähnlichen Fällen als praktisch und nachahmungswert zu erscheinen. Und so sehen wir denn, daß bei der zweiten Revolution, die in Sergipe ausbrach, die Beilegungsmethode dieselbe war. Nur wurde hier nicht der gesetzliche Staatspräsident, sondern der Führer der Revolutionäre niedergeknallt. Auch er war und blieb das einzige Opfer der Bewegung, und nach seinem Tode kehrten Ruhe und Friede in den Geistern wieder ein.

Wenigstens ist das der Eindruck, den oberflächliche Beobachter davongetragen haben. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß überall in Brasilien die herrschende Partei einen Terrorismus ausübe, der die Gegner verhindert, am politischen Leben der Nation teilzunehmen. Scheinbar gibt es überhaupt nur eine Partei im Lande, bis gelegentliche Ausbrüche verhaltener politischer Leidenschaft das Gegenteil erweisen. Die einflußreichsten Häupter der durch die Revolution vom 15. November 1889 zur Herrschaft gelangten Republikaner haben sich 1905 zu einem sogenannten Block zusammengeschlossen, der allmächtig ist, die Kandidaten für die Wahlen bestimmt und sie, wie die Wahlgänge vom 30. Januar und 1. März vorigen Jahres dargetan haben, auch samt und sonders annähernd einstimmig durchzubringen vermochte. Die Opposition wagt sich gar nicht hervor, und wo sie es ausnahmsweise tat, war das mehr Schein als Wirklichkeit, denn sie hatte sich vorher der Zustimmung der herrschenden Politiker versichert, und ihre kleine Zahl nimmt seither im Nationalkongreß eine Stellung ein, die alles andre eher, nur keine oppositionelle Parteibildung bedeutet. Diese trifft allerdings an und für sich auf Schwierigkeiten in einer Versammlung und überhaupt in einem Lande, wo sich die vorhandenen Parteien nicht durch abweichende Parteiprogramme unterscheiden. Es gibt nur persönliche Parteien, das heißt jeder bedeutendere Politiker ist Führer einer Gruppe, die ihm blindlings Gefolgschaft leistet. Politische oder wirtschaftliche Prinzipien fehlen. Die Wünsche der Führer treten an deren Stelle.

Besonders augenfällig hat sich das auch bei den Präsidentenwahlen vom 1. März gezeigt. Herr Affonso Penna wurde nahezu einstimmig von der Wählerschaft auf den Schild erhoben, nachdem der Block ihn als Kandidaten aufgestellt hatte. Gegenkandidaten fehlten oder gelangten nicht zu bemerkbarer Geltung gegenüber dem Willen der herrschenden „Chefs“. Um die Wahl des Kandidaten

hatte wohl innerhalb der Reihen des Blocks ein langer Streit stattgefunden, aber sobald die Einigkeit in der Partei erzielt worden war, arbeitete die Wahlmaschine wie ein aufgezogenes Uhrwerk, dessen Gang durch keinerlei hinderliche Einflüsse beschränkt oder nur unsicher gemacht wurde. Der gewählte Bundespräsident, der am 15. November die Regierung antrat, steht natürlich in vollkommenster Abhängigkeit vom Block, der in Kammer und Senat über Vorlagen und Gesetze entscheidet und seine Beschlüsse immer mit großen Mehrheiten faßt. Minoritäten sind nur insoweit vorhanden, als sie aus der Nichtbeachtung der persönlichen Interessen irgendwelcher Politiker heraus ihre Entstehung finden, zeitweilig bestehen, wieder verschwinden oder sich in anderer Zusammensetzung neu bilden. Diese Allmacht des Blocks ruht aber vielleicht auf schwankendem Grunde. Die heutigen tonangebenden Politiker sind ganz andere als in früheren Zeiten. Man vermißt seit dem Sturze des Kaiserreichs unter den Volksvertretern viele Namen einflußreicher Personen, die ganz in den Hintergrund gedrängt worden sind und in vielleicht nicht ganz freiwilliger Zurückgezogenheit verharren.

Man darf dabei nicht vergessen, daß eine Art feudalen Zuges durch die sozialen Verhältnisse geht. Die Familien- und Verwandtengruppen halten zusammen, und die bedeutendern unter ihnen verfügen über eine zahlreiche Anhängerschaft, eine Art Vasallentum, das in den ländlichen Besitz- und sonstigen Abhängigkeitsverhältnissen seine Begründung findet. Die fast dreijährige Revolution (1892 bis 1895) war recht eigentlich ein Kampf solcher Vasallenheere gegen die republikanische Regierung, außer natürlich insoweit die Kriegsmarine daran teilnahm, die aber nur zu Wasser Bedeutung hatte. Aber man würde irrtümlich folgern, wenn man die damaligen Revolutionäre und die noch heute heimlich mißvergnügten Großen für entschiedne Anhänger einer kaiserlichen Restauration hielte. Eine Anzahl war unzweifelhaft monarchisch, und einige sind es vielleicht heute noch; aber das ganze Wesen dieses brasilianischen Feudalsystems bringt es mit sich, daß die einzelnen Parteiführer viel zu selbständig und selbstherrlich sind, als daß sie sich für die Kaiseridee aufopfern könnten. Ihre erzwungne Zurückhaltung von der Politik empfinden sie vielmehr als persönliche Kränkung. Obwohl siebzehn Jahre seit dem Sturz des Kaisertums vergangen sind, bekämpfen dennoch die „historischen“ Republikaner noch immer energisch jeden Einfluß, den irgendwo die alten Großen des Landes auf den Gang der öffentlichen Geschäfte zu gewinnen drohen. Es ist ein förmliches Zurückdrängungssystem im Streben nach Selbsterhaltung.

Und kämen die alten verdrängten Politiker, soweit sie noch leben und nicht zu den Überläufern gehören, heute in den Nationalkongreß, so würden die Tage des Blocks gezählt sein. Oder es erstünde zum mindesten eine — heilsame Opposition, die den Gang der öffentlichen Geschäfte kontrollieren würde, eine Sache, die gegenwärtig zum Schaden des Landes fehlt. Man kann nicht gerade sagen, daß es die herrschende Partei verstanden hätte, das

Land politisch oder wirtschaftlich vorwärts zu bringen. Im Gegenteil. Die Verwaltung ist nie so schlecht gewesen. Die öffentlichen Schulden haben sich, aus einer Milliarde Milreis früher, alles in allem auf drei Milliarden erhöht. Die Steuern sind so drückend geworden, daß jeder zukünftige Versuch, sie weiter zu erhöhen — und dieser Versuch wird angesichts des Wachstums der öffentlichen Schuldenlasten gemacht werden müssen —, ein negatives Ergebnis zeitigen dürfte. Produktion, Handel und Wandel leiden unter den widersinnigsten Zöllen, Verkehrs- und Ausfuhrsteuern. Außer Kaffee und Gummilastikum sind fast keine rentablen Ausführprodukte vorhanden, obwohl das fruchtbare Land zahlreiche Produkte aufweist, die bei vernünftigerer Wirtschaft ebenfalls verwertet werden könnten. Und so herrscht die landwirtschaftliche Monokultur, deren Folge die Überproduktion ist.

Diese hat im verflossenen Jahre wiederum zur sogenannten Kaffeevalorisation und zur Gründung einer Emissions- und Pseudokonversionskasse geführt. Durch jene sollen die Kaffeepreise künstlich in die Höhe getrieben, durch diese ein Steigen des Wechselkurses verhindert werden. Je niedriger der Kurs, um so mehr Papiermilreis erhalten die Pflanzer für ihr Produkt. Das war die leitende Idee, der vielleicht der Erfolg entsprochen haben würde, wenn nicht die Ernte so außergewöhnlich groß ausgefallen wäre. Brasilien allein liefert im laufenden Erntejahre mehr Kaffee, als der ganze auf 17 Millionen Sack zu je 60 Kilogramm geschätzte Weltkonsum fordert. Die Ernte der Santoszone erreicht 13 Millionen Sack, die der Riozone $4\frac{1}{4}$ Millionen und die Nordbrasilien $\frac{3}{4}$ Million, also zusammen 18 Millionen, wozu noch 4 Millionen aus den übrigen kaffeebauenden Ländern treten, die Weltproduktion des Jahres 1906/07 (Juli bis Juni) mithin 22 Millionen Sack.

Der preisdrückenden Wirkung dieses Übermaßes glaubte man durch regierungsseitige Operationen auf den Kaffeemärkten begegnen zu können. Die drei Kaffeestaaten São Paulo, Minas Geraes und Rio de Janeiro schlossen miteinander das bekannte Convenio zu Taubaté ab, in dem die Aufrechterhaltung ziemlich hoch angelegter fester Mindestpreise für das Produkt vereinbart wurde. São Paulo übernahm die Führung, konnte aber gleich von Anfang an die Mindestpreise nicht aufrecht erhalten. Auf den Auslandsmärkten zogen zwar die Kaffeepreise zunächst an, fielen dann aber um so tiefer.

Die paulistaner Staatsregierung mag bis heute 3 bis 4 Millionen Sack aufgekauft haben, und zwar zahlt sie in Santos den Preis von 4,800 Reis*) für je 10 Kilogramm, während der Privathandel, ohne sich um diese offizielle Operation zu kümmern, nur zu den viel niedrigeren, den Notierungen auf den überseeischen Konsummärkten entsprechenden Preisen Geschäfte abschließt. In Hamburg ist der Engrospreis für das Pfund von seinem höchsten Stande von 40 Pfennigen auf 30 Pfennige und sogar schon weniger gesunken. Der Sack

*) 1000 Reis = 1 Milreis = etwa $1\frac{1}{4}$ Mark zum Kurs von 15 d.

hat 120 Pfund. Die Preisdifferenz ergibt also einen Verlust von zwölf Mark pro Sack. So viel ungefähr mag der Staat São Paulo schon heute eingebüßt haben. Es kann sich also jeder leicht ausrechnen, daß schon die ganze Valorisationsanleihe (Schatzwechsel) im Betrage von zwei Millionen Pfund Sterling (Emissionskurs 94 Prozent und Zinsen 5 Prozent) von der Differenz verschlungen ist. Die großen Kaffeefirmen, die das Geschäft für die Regierung vermittelten, verlangten daher begreiflicherweise neue ausreichende Deckung, denn noch ist kein Ende des Preisrückganges abzusehen, und São Paulo will weitere Käufe abschließen. In dieser Notlage drängt dieser Staat die Bundesregierung zu Rio de Janeiro zum Eingreifen, „um die Situation zu retten“. Der Nationalkongress hat die Bundesregierung tatsächlich ermächtigt, die Garantie für die Valorisationsoperationen zu übernehmen. Es wird ihr schließlich wohl auch nichts andres übrig bleiben, als es zu tun; und wenn dann noch weitere 1½ Millionen Sack aufgekauft werden, wie geplant ist, so kann der ganze Spaß recht teuer zu stehen kommen.

Zwei Punkte fallen bei diesem Geschäft ins Auge: die Einflußlosigkeit der offiziellen Kaffeekäufe auf den Preisstand und die Größe der Verluste. Ob sich von der großen Gesamternte vier bis fünf Millionen Sack in den Händen der Regierung oder des Privatbesitzes befinden, kommt in der Wirkung ziemlich auf eins heraus. Denn früher oder später werden diese Mengen ja doch an den Konsumhandel abgestoßen werden müssen, der also von vornherein damit rechnet und nur entsprechend niedrigere Preise bewilligt. Um den Kaffeestaat São Paulo zu entlasten, will die Bundesregierung, wie es heißt, eine Anleihe von fünf Millionen Pfund Sterling aufnehmen. Sie wird die Weiterführung dieser Valorisationsoperationen, die bis jetzt ihrem Gegenteile, nämlich der Entwertung, nicht haben Einhalt tun können, nur unter der Voraussetzung übernehmen können, daß sie diese Summe auch wirklich erhält. Ohne gebotene Sicherheiten geben die auswärtigen Kapitalisten schon seit lange kein Geld mehr her. Die Hälfte der Bundeseinnahmen ist zwar schon verpfändet, aber der Zuschlagsausfuhrzoll auf Kaffee und sonstige Einnahmequellen werden ausreichen, um eine genügende Garantie für die neue Anleihe zu bieten. So kommen immer neue Schulden und neue Zinsverbindlichkeiten zu den alten hinzu, und es ist vorauszusehen, daß eines Tages die Wirtschaft so wie bisher nicht weitergehen wird.

Erfahrene Volkswirtschaftler hatten von Anfang an dargelegt, daß der Valorisationsversuch ein negatives Ergebnis haben werde. Das beste sei, den Marktverhältnissen ihre natürliche Entwicklung zu lassen. Man hat auf diese Mahnungen nicht hören wollen, ja man verschließt ihnen noch heute das Ohr. Je länger man aber die Marktoperationen fortsetzt, um so größer werden die Verluste. Zu den Preisdifferenzen treten noch die üblichen Kommissionspesen für die Aufkäufer, Lagermieten usw. Es müßte auch ganz regelwidrig bei dem Geschäft zugehn, wenn die aufgenommenen Anleihen nicht so ziemlich vollständig

verwirtschaftet würden. Und damit wird Brasilien in immer ungünstigere Finanzverhältnisse hineingeraten. Und zwar um so mehr, als auch der seit 1899 aufgesparte Garantiefonds für das umlaufende Papiergeld im Betrage von fünf Millionen Pfund Sterling seiner Bestimmung entfremdet und teils der Konversionskasse, teils zu Wechselkursoperationen dem Bundeschatzamt zugeführt worden ist. Die begonnene Vermehrung des Papiergeldes wird eine Entwertung dieses einzigen vorhandenen Umlaufmittels mit sich bringen, da dieses schon sowieso zu zahlreich ist. Dann folgt ein Sturm auf die Konversionskasse, deren geringe Goldbestände (englische und andre Münzen) sich schnell erschöpfen werden, und der geplante Versuch, den Geldwert durch Wechseloperationen auf 15 d für den Milreis festzuhalten, wird die Reste des Garantiefonds verschlingen.

Das alles ist den Machthabern in Brasilien von berufener Seite, unter anderem auch vom Londoner Rothschild, als die wahrscheinliche Folge ihrer abenteuerlichen Finanzpläne vorgerechnet worden. Wenn gegenwärtig der Kurs auf $15\frac{1}{2}$ d steht, so ist dies auf den Wechselverkehr zurückzuführen, der durch die beständigen Auslandsanleihen erzeugt wird. Vorher stand der Kurs auf 12 d. Sobald die Anleihen erschöpft sind, und neue Geldströme (in Wechselform) nicht mehr ins Land gelenkt werden können, ist leicht möglich, daß eine Krise ausbrechen wird, wie sie Brasilien noch nicht durchgemacht hat. Und vielleicht kommt auch nur unter dem Drucke der höchsten Not eine vernünftige Finanzwirtschaft in Aufnahme. War es doch auch mit Argentinien so. Dieses Land nahm in den achtziger Jahren Anleihe über Anleihe auf, bis eines Tages die Schulden die Leistungsfähigkeit überstiegen, und man wohl oder übel an eine ernstliche Reorganisation der Finanzen gehn mußte. Das hat natürlich nicht geschehen können, ohne daß nicht die auswärtigen Gläubiger manche herben Verluste erlitten. Aber seither verfolgt Argentinien unter dem Zwange der Umstände eine vernünftige Wirtschaftspolitik, und das Land arbeitet sich mit Hilfe einer verhältnismäßigen Masseneinwanderung mehr und mehr zu einer achtungsgebietenden Blüte empor.

Der Unterschied im Vergleiche mit Brasilien ist nur der, daß dieses schon vor dem Eintritt der Katastrophe seine sämtlichen Einnahmequellen verpfändet hat (oder den Rest zu verpfänden im Begriff steht), während Argentinien beim Hereinbrechen der Krise über dieses Hilfsmittel noch verfügte und folglich leichtere Handhaben fand, sich aus seiner schlimmen Lage emporzuarbeiten. Affonso Penna, der gegenwärtige Bundespräsident Brasiliens, genießt nicht gerade den Ruf, ein guter Geldwirt zu sein. Ihm verdankt zum Beispiel der Staat Minas Geraes, wo er bisher eine oft ausschlaggebende Rolle gespielt hat, seine heutige ungünstige Finanzlage. Die Phantasie, eine im „wissenschaftlichen“, das ist geographischen Mittelpunkt dieses Staates liegende glänzende Hauptstadt, das heutige Belo Horizonte, zu gründen, kostete weit über sechzig Millionen Milreis. Es ist richtig, die Hauptstadt ist da, und zwar in einer paradiesischen Gegend,

die vorher Wildnis war; aber das verpulverte Geld fehlt in der Staatskasse und drückt noch heute größtenteils als schwebende Schuld auf die Finanzlage. Diese Hauptstadtgründung war hauptsächlich daran Schuld, daß die Gläubiger (meist Deutsche) der Westminasbahn, ominösen Ungedenkens, jahrelang vom Staate die garantierten Zinsen nicht erhalten konnten. Jetzt können Kaffeewalorisation und Konversionskasse für ganz Brasilien zu Ursachen ähnlicher Geldvergeudung werden. Es kann noch ein Jahr oder länger dauern, ehe der Krach eintritt. Aber die wahrnehmbare Flucht der Privatkapitalien aus dem Lande läßt erkennen, daß vorsichtige Leute beizeiten ihr Vermögen in Sicherheit zu bringen suchen.



Das „neue Österreich“

Von Julius Pagelt in Wien



Am 30. Januar endete das Mandat des alten österreichischen Abgeordnetenhauses. Das Datum wird einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung des Donaustaates bezeichnen, denn an diesem Tage starb das Kurienparlament, um einem auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählten Abgeordnetenhause Platz zu machen. Wie wenig dieses neue Wahlrecht der Natur Österreichs entspricht, und mit wie bedenklichen Mitteln es durchgeführt worden ist, ist an dieser Stelle schon seinerzeit erörtert worden, und die Richtung, in der sich die Wahlbewegung entwickelt, bestätigt die Befürchtungen, die im besondern in deutschen nationalen Kreisen an die Wahlreform von Anfang an geknüpft worden sind.

Die Regierung und jene Parteiführer, die sich ihr in der Wahlreformfrage verschrieben hatten, werden allerdings nicht müde, zu erklären, daß sich aus der Asche des Kurienparlaments das „neue Österreich“ gleich einem Phönix erheben werde, aber schon der geringe Wert des „Kandidatenmaterials“, das die Wahlbewegung diesmal an die Oberfläche schleudert, läßt befürchten, daß der Wahlurne ein recht ruppiger Vogel entsteigen werde. Das ist auch ganz begreiflich. Das Kleinbürgertum, durch den Ansturm der sozialdemokratischen Arbeitermassen erschreckt, spinnt sich ängstlich in seine engsten Berufskreise ein und will sich nur für Kandidaten aus dem Handwerkerstande erwärmen, indem es sich zugleich darauf beruft, daß das neue Abgeordnetenhaus doch ein „Volksparlament“ sein solle, daß mithin der städtische Kleinbürgerstand die Pflicht habe, die neuen Männer nur aus seinem Kreise zu wählen. Was die Arbeiterchaft betrifft, so werden sich ihre Intelligenzkandidaturen auf einige Advokaten beschränken, die Bauern werden Bauern wählen, und die bürgerliche Intelligenz wird nur dort zu Worte kommen, wo sie durch demagogische Elemente repräsentiert wird, die es verstehen, den „Makel“ ihrer Bildung dadurch zu verdecken, daß sie sich den